

Kunden-Anmeldung für den Bezug von amerikanischem Weizenmehl.

Die neuen gelben Marken für den Bezug von amerikanischem Weizenmehl sind bis spätestens zum 31. August 1921 bei einem Kleinhändler oder Konsumverein zur Abtempelung und Eintragung in die Kundenliste vorzulegen. Versäumte Anmeldung hat den Verlust des Anspruchs auf den Mehlbezug zur Folge.

Händler und Konsumvereine stellen genaue Kundenlisten auf und haben die Mehlmarken (am oberen Ende) sowie die abzutrennenden Anmeldeabschnitte mit ihrem Firmenaufdruck zu versehen. Die Händler haben die Anmeldeabschnitte bis zum 3. September 1921 bei ihren Bezugsvereinigungen abzugeben. Von diesen sind sie sorgfältig zu je 100 Stück gebündelt bis spätestens zum 8. September 1921 hier vorzulegen.

Sämtliche Konsumvereine haben bis zum gleichen Tage ihre Anmeldeabschnitte in derselben Weise hier einzureichen.

Bezirksverband Glaucha, den 23. August 1921. — Nr. 300 Lc —

Die Wahlvorschläge für die nächsten Sonntag, den 28. August 1921, stattfindende Wahlen im Rathaus — Haus für — zur Einsichtnahme aus. Die von den Parteien selbst zu beschaffenden Stimmzettel sollen 9x12 cm groß sein. Der Stadtrat Hohenteln Ernstthal, am 24. August 1921.

Städtischer Birnenverkauf

im Hofe des Reinhardshauses Donnerstag ab 9 Uhr.

Deutscher Schäferhund zugelassen. Städt. Zundamt.

Handels- und Gewerbelammerbeitrag. Auf die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 werden erhoben a) von der Handelskammer Chemnitz: 8 Pfg. Beitrag für die Handelskammer Chemnitz, 6 Pfg. Sonderbeitrag für die Wirtschaften des Kammerbezirks, 7 Pfg. Sonderbeitrag für die Handelslehranstalt Chemnitz, b) von der Gewerbelammer Chemnitz: 5 Pfg. Sonderbeitrag für die Gewerbeschule Hohenteln-Str. Die angeführten Pfenningstücke entfallen auf jede Mark des jährlichen Steuerjahres von dem Einkommen aus Handel und Gewerbe, das der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer 1919 zu Grunde gelegen hat. Zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung sind die Beträge bis spätestens 5. September 1921 an die Steuerkasse — Rathaus, Zimmer Nr. 8 — zu bezahlen.

Freibank Übernähung. Donnerstag, den 25. d. M., wird von vormittags 10 Uhr an in der Freibank I (Postgut) gekochtes Schweinefleisch, das Pfund zu 6 — u. 4. — Mk. verkauft. Oberlungwitz, am 24. August 1921. Der Gemeindevorstand.

zufolge ist: 1. Vergnügungsparks, sogenannte Rummelplätze, sind mit Einbruch der Dunkelheit zu schließen. Es bleibt den Ortspolizeibehörden jedoch überlassen, eine Verlängerung bis 10 1/2 Uhr eintreten zu lassen. 2. Für Theateraufführungen und Lichtspielvorführungen ist die Polizeistunde spätestens um 11 1/2 Uhr festzusetzen. 3. Cafés, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sind spätestens um 12 Uhr, Sonnabends um 1 Uhr zu schließen. Die Ortspolizeibehörden in größeren Städten und Badeorten sind berechtigt, bei nachgewiesenem dringenden Bedürfnis die Polizeistunde auch für die übrigen Tage bis 1 Uhr auszuweiten. In besonders gearteten Einzelfällen, z. B. für Wohltätigkeitsveranstaltungen, können Ausnahmen, keinesfalls über 2 Uhr hinaus, gestattet werden. Die Neuregelung soll mit dem 1. September in Kraft treten. Der preussische Minister des Innern hat sich außerdem in einem Rundschreiben an die Länder gewandt mit der Bitte, im Sinne der Aussprache im Reichsrat auf möglichst einheitliche Ausgestaltung der Polizeistunde durch sämtliche Länder hinzuwirken zu wollen.

Einstellung des Hinterziehungsverfahrens gegen Erzberger.

Dem Reichstagsabgeordneten Erzberger wurde am Montag der Beschluß des Staatsanwaltes zugestimmt, daß das Steuerhinterziehungsverfahren am 16. August wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden soll.

Der Frontkämpfertag.

Wie wir bereits gestern mitteilten, hat der Reichswehrminister den Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme in Uniform verbieten. Nunmehr läßt das Reichswehrministerium erklären, daß sein Verbot einer Beteiligung der Angehörigen der Reichswehr ohne Einschränkung erfolgt ist.

Der Friede mit Amerika.

Der Vertreter der amerikanischen Delegation, Dreffel, hat am Montag im Auswärtigen Amt vorgeprochen und im Auftrag des Präsidenten den Wunsch nach einem gegenseitigen Meinungsaustausch über die Grundzüge des Friedensvertrages zwischen Amerika und Deutschland ausgesprochen. Die Besprechungen im Auswärtigen Amt werden am Dienstag fortgesetzt.

„Daily Telegraph“ meldet aus Washington: Einlaufende Nachrichten erklären, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bald von der amerikanischen Regierung beschlossen werde. „Newport World“ berichtet, daß dieser Vertrag, der in Ausarbeitung begriffen sei, die Frage der Verantwortlichkeit am Krieg nicht erwähne. Die meisten Bedingungen dieses in Vorbereitung befindlichen Dokuments laufen auf den Abschluß eines Handelsvertrages hinaus. Diesbezügliche Bestimmungen sind bereits getroffen. — „Newport Times“ meldet, daß Staatssekretär Hughes alle Vorbereitungen getroffen hat, damit ein Handelsvertrag mit Deutschland sofort geschlossen werden könne.

Die Abrüstungskonferenz.

Wie die „Times“ melden, besteht Grund zu der Annahme, daß die japanische Frage noch vor dem Zusammentritt der Abrüstungskonferenz in Washington befriedigend gelöst werde. Man halte es für möglich, daß die Schantungfrage ebenfalls auf das Programm der Washingtoner Konferenz gesetzt wird.

Der amerikanische Arbeiterführer Compers erklärte in einer Ansprache, Präsident Harding habe ihm mitgeteilt, daß er dem Wunsche der Arbeiterschaft, auf der Abrüstungskonferenz vertreten zu sein, gewogen sei.

Amerika und die Schulden seiner Verbündeten.

Der amerikanische Senator Borah hat im Senat eine Rede gehalten, in der er dafür eintrat, eine

Regelung der Schulden der Alliierten erst nach der Abrüstungskonferenz zu treffen. Sollten die Alliierten auch dann noch ihre ungeheuren Ausgaben für Rüstungszwecke nicht einstellen, dann sollte Amerika auf der bevorstehenden Eintreibung der gesamten Schulden mit allen Zinsen bestehen. Senator Borah meinte, ein solcher Entschluß könnte für den Verlauf der Konferenz von größter Tragweite werden, denn wenn es sich herausstellte, daß die europäischen Regierungen außer Stande sind, wie sie behaupten, ihre Schulden zu begleichen, dabei aber fortwährend gewaltige Summen für Rüstungszwecke auszugeben, so müßte dies für Amerika den Anlaß sein, eine ganz neue Politik einzuschlagen. Vor allem wandte sich Senator Borah gegen Frankreich, das er die militäristische Nation auf der Welt nannte. Die Ausgaben Frankreichs für Militärzwecke seien größer als die jeder anderen Macht. Es sei zuzugeden, daß das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland ein gewisses Maß von Vorbereitungen auf französischer Seite rechtfertige. Nicht zu rechtfertigen seien aber 800 000 Mann unter Waffen, angesichts des Zustandes, in dem sich Deutschland gegenwärtig befindet. Tatsächlich laufe der gegenwärtige Zustand darauf hinaus, daß die Steuerzahler der Vereinigten Staaten nicht nur die eignen Lasten, sondern auch die für die Rüstungen Frankreichs und Englands zu tragen hätten.

Kommunistischer Parteitag in Jena.

Dem Hinauswurf von Dr. Geyer und Genossen am Montag folgte am Dienstag früh eine temperamentsvolle Ansprache des inzwischen eingetretenen Vertreters der Tschekoslowakei für die Einigung des Proletariats. Star begrüßt sprach sodann der Vertreter des Exekutivkomitees der Internationale, Kolaroff-Rußland, in seiner Muttersprache zu der Versammlung. Meyer-Berlin erstattete den politischen Bericht der Zentrale und verlas eine längere Entscheidung, in der nachstehendes zum Ausdruck gebracht ward:

Der Parteitag stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des dritten Weltkongresses und ist bereit, die ganze Partei auf die Durchführung der Beschlüsse einzustellen. Der Parteitag erkennt die Berechtigung der in den Thesen enthaltenen Kritik an der Märzaktion an und wird die Lehren dieser Aktion bei den kommenden Kämpfen berücksichtigen. Der Parteitag weist auf das schärfste die Kritik Trozkis zurück, der übersehen hat, daß die Fehler der Märzaktion den Bedingungen des Kampfes und der durch die Aktion überwundenen früheren passiven Einstellung der Partei entsprangen. Jede politische Zusammenarbeit mit Levy — in welcher Form es auch sei — hat den Ausschluß aus der Partei zur Folge.

Die Aktionsaufgaben, vor die die K. P. D. durch den Prozeß der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft, durch die Offensive des Kapitalismus, durch die Lebenshaltung der Arbeitermassen gestellt ist, können nur dann gelöst werden, wenn die Partei, wie es in den Thesen heißt, den Aufgaben der Agitation und Organisation in der Aktion der Tat selbst nichts entgegenstellt, sondern ihnen untergeordnet wird. Die kommunistische Partei ist in der Periode der Weltrevolution ihrem Wesen nach die Partei des Angriffs, des Aufsturses auf die kapitalistische Gesellschaft. Sie hat auch die Pflicht, alles zu tun, um die Arbeitermassen zu diesem Angriff direkt zu führen, wo nur die Bedingungen für diesen Angriff vorhanden sind. Die Hauptaufgabe ist, daß die K. P. D. von dem Geist der Kampfbereitschaft erfüllt ist und die genossenschaftliche Passivität, die notwendigweise sogar die Propaganda der Partei ins halbreformistische Fahrwasser lenkt, durch Kampf überwindet. Es gilt, die Periode des Verfalls abzukürzen, wenn in ihr nicht alle materiellen Grundlagen des Kommunismus vernichtet werden sollen.

Es entspann sich hierüber eine lange Aussprache, in die auch Klara Zetkin lebhaft eingriff, und die ihre Fortsetzung am heutigen Mittwoch finden soll.

Während der Verhandlungen gab Stöcker bekannt, daß sich Dr. Geyer und Düwelle bei dem Ausschluß nicht beruhigt und eine Erklärung eingeklagt haben, in der speziell Dr. Geyer sagt: Am 5. August forderte der Genosse Stöcker schriftlich den Genossen Geyer auf, einen Artikel für die Kongressnummer der „Internationale“ zu schreiben. Am 11. August erhielt der Genosse Stöcker den jetzt in „Unser Weg“ veröffentlichten Artikel des Genossen Geyer, der ausdrücklich für die Kongressnummer bestimmt und ein ausgesprochen für die Zwecke des Parteitag geschriebener Artikel war. Dieses Kongressmaterial ist zum Parteitag nicht veröffentlicht worden. Borangegangen war, daß die Redaktion der „Roten Fahne“ den Abdruck eines Parteiarikels des Genossen Geyer verweigert hatte.

Stöcker hielt demgegenüber seine Behauptung vom Vortage aufrecht. Selbst wenn Geyer recht habe, bleibe es ein unerhörter Disziplinbruch, wenn er sich an die Verbotliche Zeitschrift wende. Wir haben wenig Luft, erklärte Stöcker, uns weiter mit diesen Erklärungen herumzuschlagen (Zustimmung). Er beantragte Uebergang zur Tagesordnung.

Sächsische politische Mitteilungen.

Sozialistische Selbsterkenntnis.

In der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ veröffentlicht Max Schippel, der Leiter der Sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, einen Artikel unter der Ueberschrift „Sozialistische Einigung“. Er zieht darin einen Vergleich zwischen dem Liberalismus der siebziger Jahre und dem Sozialismus der Gegenwart. Er findet, daß der Vergleich durch aus zugunsten des Liberalismus ausfällt, der unter sehr viel schwierigeren Verhältnissen (er durfte nicht selbst mit regieren), doch sehr viel mehr Positives erreicht habe als der auf der Gefühlsgebungslehre beruhende Sozialismus. Namentlich beklagt er den vollkommenen Mangel einer zielbewußten Außenpolitik nicht minder allerdings das völlige Versagen in wirtschaftlichen Dingen. Er findet es außerordentlich bedauerlich, daß man den Kern des Wirtschaftsproblems noch immer nicht in der Zurückgewinnung und Steigerung unserer Leistungen erkannt hat, auch die Steuereinführung, die Vorkriegsbindung seien nicht als Finanzfragen, sondern als wirtschaftliche Fragen anzusehen. Zum Schluß faßt er seine Ergebnisse in folgenden sehr beachtenswerten Sätzen zusammen: „So vertragen wir auf allen möglichen Gebieten. Das Glück und immer wieder das Glück (oder sollen wir es bereits unser Verhängnis nennen?) hat uns in den Sattel gehoben und wir sollten endlich einmal der staunenden Welt zeigen, was zielbewußtes Reiten heißt. Aber es geht uns wie in der Purlese: Wir rutschen rechts, wir rutschen links, bald klammern wir uns an die Mähne, bald an den Schweif. Und der Gaul läuft mit uns, wohin er mag; nur Obenbleiben ist alles.“ Man braucht diesen Sätzen beginnender Selbsterkenntnis nichts hinzuzufügen.

Freie Bahn dem Tüchtigen!

Der neue Justizminister Dr. Zeigner, der bekanntlich bisher Landrichter in Leipzig war und seinen schnellen Aufstieg lediglich der Tatsache verdankt, daß er Sozialdemokrat ist, hat, wie der „Sächs. Zeitungsdienst“ mitteilt, schon jetzt das Bedürfnis gefühlt, die mittlere Beamtenklasse des Justizministeriums zu „reformieren“ und hat zu diesem Zwecke einen Rangassistenten vom Landgericht in Leipzig, namens Lohse, ins Ministerium berufen und ihn sofort zum Justizamtmann gemacht. Seine Qualifikation und Tüchtigkeit hat nach derselben Quelle Herr Lohse dadurch bewiesen, daß er bereits zweimal in der ersten Prüfung durchgefallen ist. Trotz alledem ist der Mann zu einer Stellung befähigt, um die sich Leute, die mehrere Prüfungen mit bestem Erfolge abgelegt haben, vergeblich bemühen. Herr Lohse gelangt damit von der 4. Gehaltsklasse ohne weiteres in die Klasse 9. Wie wir hören, soll Herr Lohse Vorsitzender der Leipziger sozialistischen Beamtengruppe sein. Das ist natürlich der Grund für seine sprunghafte Karriere.

Öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

am Dienstag, den 23. August 1921.

—e. In Anwesenheit der Herren Bürgermeister Dr. Paß, Stadträte Fanthänel, Griebach, Layritz, Legere, Müller und Wilsner sowie 19 Mitgliedern des Kollegiums eröffnete Vorsteher Reinhard kurz nach 8 Uhr die Sitzung und begrüßt zunächst den anstelle des ausgeschiedenen Stadtv. Förster neu eingetretenen Stadtv. Arnold, den er um rege Mitarbeit im Dienste der Allgemeinheit bittet.

1. Kenntnisnahmen

teilt er mit, daß die Gemeinde Wachwitz auf Ansuchen ihren Entwurf einer Gartenluststeuer genehmigt und folgendes dazu bemerkt hat: Das Ministerium hat die Steuer nicht genehmigt, weil sie eine besondere, daher unzulässige, Grundsteuer sei. Der Besitz eines großen Gartens sei nicht Luxus, sondern der, der Gemüse, Obst usw. selbst erbaue, handle eher sparsam. Weiter nimmt das Kollegium Kenntnis von der Abrechnung der Aufwendungen für die Postautolinie. Die Spesen betragen 21 460,70 Mk., von denen 25 Proz. = ca. 5000 Mk. auf die Stadt entfallen, zu denen noch als Anteil der von den anderen Gemeinden gemachten Ausgaben gegen 4000 Mk. kommen, so daß die Gesamtspeisen der Stadt sich auf 9965,90 stellen.

Stadtrat Fanthänel bemerkt dazu, in der letzten Ausschlußsitzung in Waldenburg sei der Einbau einer Heizung in die Waldenburger Halle zum Preise von ungefähr 6000 Mk. beschlossen worden.

2. Befragung verschiedener Ausschüsse infolge Austritts eines Stadtverordneten.

In den Bau-, Oekonomie-, Markt-, Prüfungs-

und Wohnungsausschuß wird anstelle des Stadtv. Förster Stadtv. Arnold und für Arnold, der bisher als Vertreter der Bürgerchaft dem Wohlfahrtspflege-Ausschuß angehörte, in diesem Herr August Becher, Moltkestraße, gewählt.

3. Für Konfirmandenbeiträge werden zu den bereits bewilligten 5000 M. 453,60 M. einstimmig nachverwilligt.

4. Gasanschluß nach dem Hüttengrund betr.

Wie Vorsteher Reinhard aus den Akten vorträgt, würde der Anschluß nach den Grundstücken der Einwohner Hoppe u. Gen., die die Eingabe gemacht haben, 16 368 M. kosten. Nach mehrfachen Verhandlungen verpflichteten sich diese nur dazu, den Rohrgraben selbst unter Leitung der Gasanstalt auszuheben und wieder zuzufüllen, leihen aber die Zahlung eines höheren Gaspreises oder eines einmaligen Beitrages entschieden ab. Obwohl sich unter diesen Bedingungen die Kosten um 4000 M. verringern, hat der Rat doch die Berücksichtigung der Eingabe der Hoppe halber abgelehnt. Stadtv. Krauß kann diesen Beschluß nicht verstehen, da man doch Einwohner nicht vom Gasbezug ausschließen könne.

Vorsteher Reinhard bemerkt dazu, die Interessenten hätten früher das Gas abgelehnt, als es die Stadt auf ihre Kosten legen lassen wollte.

Stadtv. Stecher beantragt, den Wünschen der Hoppe u. Gen. zu entsprechen.

Stadtv. Freitag stimmt dem zu, während Vorsteher Reinhard neue Verhandlungen anregt, die aber Stadtrat Layritz für zwecklos hält.

Bürgermeister Dr. Paß äußert sich, daß die Vorlage überhaupt zur Beratung gestellt worden sei, da ablehnende Ratsbeschlüsse höchstens zur Kenntnisnahme kämen. Der Vertrag mit dem Hüttengrund sehe keinerlei Verpflichtung zur Leitung von Gas und Elektrizität vor. Bewillige man es diesen vier Häusern, dann kämen alle anderen abseits liegenden Einwohner; er müsse daher vor der Bewilligung warnen.

Vorsteher Reinhard schlägt Rückverweisung an den Rat zur nochmaligen Beratung vor, womit das Kollegium einverstanden ist.

5. Aenderweite Festsetzung des Klaviersteuer-Betrages.

Vorsteher Reinhard teilt mit, daß das Reichsfinanzministerium Einspruch gegen die Staffelung der Steuer nach dem Einkommen erhoben habe, die unzulässig sei. Die neue Vorlage sieht Befreiung der Freigrenze auf 15 000 M. und des Steuerbetrages auf 40 M. vor.

Stadtv. Eichler hält die Freigrenze für zu niedrig und beantragt 20 000 M. als Freigrenze und Erhöhung der Steuer auf 60 M.

Stadtv. Krauß lehnt die Steuer namens seiner Fraktion ab, da sie das Bildungswesen beeinträchtige.

Bürgermeister Dr. Paß bittet erneut, alle Steuerquellen zu erschöpfen, da wir nur dann auf Unterstützung aus dem Ausgleichsstock rechnen könnten, und warnt vor einer Ablehnung der Steuer. Die Ratsvorlage wird hierauf einstimmig abgelehnt, der Antrag Eichler gegen 6 Stimmen angenommen.

6. Ordnung für die Gewerbesteuer.

Vorsteher Reinhard gibt dazu bekannt, daß auch die Gewerbesteuer nicht in allen Teilen genehmigt worden sei. Das Ministerium wünscht Beschränkung ihrer Gültigkeit auf die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922, Festsetzung der Freigrenze auf 10 000 M. und Streckung des 2. Absatzes in § 6, der lautet: Ist der Ertrag nicht höher als 8 000 M., so wird eine Steuer nicht erhoben; auch das Landesfinanzamt hat gegen mehrere Punkte Einspruch erhoben.

Die Abänderungen werden debattelos gutgeheißen, damit die Steuer endlich in Kraft treten kann.

7. Richtigprechung von zwei Rechnungen.

Die von stellv. Vorsteher Nibel geprüfte Fachschulassenrechnung 1919/20 und die von Stadtv. Wolf geprüfte Rechnung der Anstalt für die Jahre 1919/20 werden einstimmig richtiggesprochen.

8. Unglücksfall in der Gasanstalt am 16. März betr.

Der Rat schlägt vor, das Sterbegeld, das den Angehörigen ausgezahlt worden ist, obwohl die Begräbnisse auf Kosten der Stadt erfolgten, aus Billigkeitsgründen nicht zurückzufordern.

Stadtv. Meier berührt es eigentümlich, daß die Angelegenheit nochmals zur Sprache kommt. Die Krankenkasse habe die von der Stadt erhaltene Aufforderung, ihr das Sterbegeld ausbezahlen, abgelehnt, da es bereits an die Angehörigen gezahlt war.

Bürgermeister Dr. Paß erklärt diese Darstellung nicht für richtig. Die Kosten habe die Berufsgenossenschaft zu tragen gehabt und auch getragen, die Angehörigen aber hätten das Sterbegeld erhoben, obwohl sie wußten, daß das Sterbegeld von der Stadt bezahlt werden würde. Ein Verzicht seitens der Stadt müsse ausdrücklich ausgesprochen werden, da sie einen rechtlichen Anspruch auf das Geld habe. Von einer Rückzahlung durch die Beteiligten könne keine Rede sein.

Nach kurzen Bemerkungen von Vorsteher Reinhard und Stadtv. Meier erklärt Bürgermeister Dr. Paß nochmals, eine Rechnung der Gasanstalt sei weder durch seine noch durch die Hände des Herrn Stadtrat Layritz gegangen. Er werde den Aussteller der Rechnung feststellen, die seine Billigung nicht erhalten habe. Das Kollegium stimmt dem Verzicht auf Rückzahlung zu.

9. Der Ankauf der Mendelschen Steinsammlung.

die der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden soll, zum Preise von 1500 M. wird ohne Aussprache gutgeheißen.

Vor Schluß der Sitzung bittet Stadtv. Eichler um Auskunft über den Abbruch des Erdkellers. Der mit dem Abbruch beauftragte Arbeiter — auf die Ausschreibung des Abbruchs hat sich niemand gemeldet — soll berechtigt sein, das Material (Holz, Dachpappe, Stroh usw.) zu verkaufen, und tue dies

vor allen
figen
gute
Bil
soweit
gibt ein
des Abb
eingest
feien (St
Sta
nicht de
gewüns
solle
Die
Uhr gef
sich an
Heit
Mintim
—
f i h u n
am 9 U
wichtiger
der R La
herausf
der G e r
vorgef
spannen
anstalt
des Ster
kellers, w
richtet.
—
Straße
Beste h
jekt im
und auch
kumbigen
ihm gelei
mitglieder
den gleich
mehr die
feines Ba
manchem
heitlicher
in der M
Ratereit
schon alle
in seinem
ein, der
schäft un
—
zu der d
und 18.
und beab
Schweiz
Lagen fin
3 w ö l f
stait, an
teiligen
bekanntl
hören, ne
W. E. W
Sauer tel
—
an d e r
Wahlvors
nahme im
fchlag
Handelsk
Fabrikant
witwe Bot
witwe B
Fehner, R
Bogel, P
Brietägers
Wolf. I
folgende
Metallarb
Georgi, W
Rasche, K
Mergarb
Bergarbeit
arbeiter
findet nach
Nr. 1 des
11—3 U
Größe von
Farbe sein.
—
*
K ä d e r
Wahl, die
Zurnhülle
l i f t e n
schaftsart
Die Listen
—
*
S c h u l e
gilt, den
1 1/2 t ä g i
aber auch
ihrem Rech
ist die vog
Wöhlfthal
dungen am
des alten
fahrten wer
—
*
grube“ ver
aus Höhen
fallendes
schwache
Kreisträn
—
*
Kraftwagen
Brennsdor
abgelehnt.
—
*
Schwindler,